Nr. 99
März 2022

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

der russische Präsident Putin hat mit seiner hochgerüsteten Armee die Ukraine überfallen. Das ist der erste Angriffskrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die schrecklichen Bilder, die uns Tag für Tag erreichen, machen mich fassungslos. Umso beeindruckender, wie mutig sich viele Menschen in der Ukraine der Übermacht der russischen Armee entgegenstemmen, um ihr Land zu verteidigen. Die Not der Menschen, die Schutz suchen und nur mit dem Allernötigsten flüchten, wühlt mich zutiefst auf. Ihnen beizustehen, ist das Mindeste, das wir tun können.

Gegenwärtig nehmen wir Abschied von vielen Gewissheiten, aber wir nehmen keinen Abschied von unseren Grundüberzeugungen. Deutschland verfolgt aus guten Gründen eine sehr strenge Rüstungsexportpolitik. So werden grundsätzlich keine Waffen in Krisengebiete geliefert – mit wenigen Ausnahmen. Wir unterstützen militärisch unsere Freundinnen und Freunde in Israel. Wir haben die Peschmerga, eine Minderheit im Norden Iraks, mit Waffen ausgestattet, damit sie sich gegen die Terrororganisation ISIS verteidigen konnten. Jetzt unterstützen wir auch die Ukraine mit Waffen, beispielsweise mit Luftabwehrraketen, damit sie dem brutalen Vorgehen der russischen Angreifer nicht schutzlos ausgeliefert ist.

Für mich als Sozialdemokratin ist und bleibt richtig, dass wir bis zuletzt auf eine friedliche Einigung gesetzt haben und dabei unseren Prinzipien gefolgt sind. Damit haben wir alle Optionen der Diplomatie genutzt. Damit haben wir uns dem Spiel Putins verweigert, wir haben uns nicht hochschaukeln lassen. Und wir haben ihm keinen noch so fadenscheinigen Beweis für seine Behauptungen angeblicher westlicher Aggressionen geboten. Das war richtig. Und dennoch: Unsere diplomatischen Bemühungen haben Putin nicht zu stoppen vermocht. Deshalb ist es nun folgerichtig, dass wir unsere politischen Instrumente ändern und bei diesem brutalen Angriffskrieg denen helfen, die sich verteidigen müssen. Nur so wird Putin gezeigt: Seine völkerrechtlichen Vergehen bleiben nicht folgenlos!

Selbstverständlich ist das nur ein kleiner Teil unserer Unterstützung für die Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir leisten mit unseren europäischen und internationalen Partnern vor allem humanitäre Hilfe. Wir werden auch Geflüchtete und Vertriebene aufnehmen und ihnen beistehen. Und wir werden weiter alles dafür tun, die Kampfhandlungen zu stoppen und für eine Befriedung zu sorgen. Daran arbeitet die Bundesregierung in großer Geschlossenheit.

Wichtig dabei sind aber vor allem die weitreichenden Sanktionen, die die Europäische Union und unsere Partner in der Welt wie die USA, Kanada, Australien und Japan in internationaler Geschlossenheit gegen den russischen Aggressor beschlossen haben. So wie wir überall in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt auf Plätzen dicht an dicht im Protest gegen diesen Krieg und für den Frieden zusammenstehen, so geschlossen stehen auch unsere internationalen Partner und wir. Dieser Zusammenhalt bietet hoffentlich die Chance, Putin zurück an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Kosten für seine Aggression steigen von Stunde zu Stunde.

Was uns aber nicht passieren darf, ist, dass wir deswegen andere wichtige gemeinsame Aufgaben aus dem Blick verlieren. Die nun vorgesehene und wohl auch notwendige Erhöhung von Militärausgaben darf nicht auf Kosten anderer existenziell notwendiger Ziele gehen. Wir müssen weiterhin alles daran setzen, die Zukunft unseres Planeten zu sichern durch eine nachhaltige Klimawende. Wir wollen weiterhin für gleiche Bildungschancen sorgen und Menschen bei den anstehenden Veränderungsprozessen unterstützen. Davon dürfen wir uns nicht durch einen Kriegstreiber abbringen lassen. Darum muss weiter in vollem Umfang im Kampf gegen die Klimakrise in die Energiewende investiert werden. Auch mit dem Ziel der Unabhängigkeit, die eine nachhaltige Energiepolitik mit sich bringen wird.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Infektionsschutz

Wir alle sehnen uns nach Lockerungen und einer Perspektive auf Normalität. Schnelle Öffnungsschritte in unseren Nachbarländern haben diesen Wunsch verstärkt. Und doch versteht niemand, warum wirkungsvolle Maßnahmen zum Infektionsschutz nicht weiter angeordnet werden können angesichts der höchsten Infektionszahlen, die wir seit Beginn der Pandemie in Deutschland haben. Dass bis vor kurzem die Intensiv- und Krankenhauskapazitäten zwar stark beansprucht, aber nicht mehr nah der Überlastung waren, verführte zu einem lässigeren Umgang und lies eine pauschale Weiterführung der bisherigen Regelungen nicht mehr angemessen erscheinen. Doch das erweist sich schon jetzt als trügerisch, wo Intensivstationen nur in wenigen Regionen wieder stark beansprucht sind, es aber in den Krankenhäusern wegen der zugespitzten Infektionslage zu massivem Personalausfall kommt.

Die hohe Inzidenz und eine immer noch große Impflücke, gerade auch unter Älteren, fordern weiter höchste Aufmerksamkeit beim Infektionsschutz. Darum war es verantwortungslos von der FDP, sich dem Votum des Expert:innenrats der Bundesregierung und auch der Forderung der Ministerpräsidentenkonferenz zu entziehen, die bisher im Infektionsschutzgesetz verankerten Maßnahmen des Basisschutzes fortzuführen. In hartem Ringen zwischen Gesundheitsminister Lauterbach und Justizminister Buschmann wurde der Kompromiss erarbeitet, der es nun wenigstens ermöglicht, die wichtigsten Basisschutzmaßnahmen fortzuführen und den Ländern die Möglichkeit gibt, über die sogenannte Hot-Spot-Regelung weitergehende Maßnahmen anzuordnen. Hätten wir am Ende diesen Kompromiss nicht mitgetragen, wären sämtliche Maßnahmen zum 20.03.2022 automatisch ausgelaufen. Als SPD-Bundestagsfraktion hätten wir uns dringend gewünscht, dass beispielsweise das Tragen von Masken in Innenräumen, also auch beim Einkaufen, weiterhin hätte angeordnet werden können. Denn die Maskenpflicht bietet erwiesenermaßen einen hohen Schutz bei geringem Eingriff in unsere Grundrechte. Das war mit der FDP aber nicht umzusetzen. Es ist nun an den Ländern, die ihnen gegebenen Möglichkeiten verantwortungsvoll anzuwenden.

Was umfasst der Basisschutz?

Die Landesregierungen können ohne Parlamentsvorbehalt allgemeine Schutzmaßnahmen anordnen für Bereiche, in denen die Ansteckungsgefahr besonders hoch ist. Dazu gehört die Maskenpflicht zum Schutz vulnerabler Gruppen, zum Beispiel in Krankenhäusern, Tagesklinken, Pflegeheimen etc. und in Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs. Hinzu kommen Testpflichten, etwa in medizinisch-pflegerischen Einrichtungen oder Schulen und Kindertagesstätten.

Wie funktioniert die Hot-Spot-Regelung?

Die Länder können nach Zustimmung der Landesparlamente entscheiden, ob sie zusätzliche Corona-Schutzmaßnahmen bei regionalen Ausbrüchen in Kraft setzen. Ein „Hot Spot“ kann eine Kommune, ein Landkreis oder auch ein ganzes Land sein, wenn dort neue, gefährliche Virusvarianten auftreten, die Infektionszahlen entsprechend steigen oder die Krankenhäuser in einer Region oder einem Gebiet zu überlasten drohen. Dann kann die Landesregierung unter anderem mit einer Maskenpflicht, Abstandsgeboten insbesondere in öffentlich zugänglichen Innenräumen, mit verpflichtenden Hygienekonzepten und 2G/3G-Regelungen zum Beispiel in medizinisch-pflegerischen Einrichtungen, in Betrieben, in Einrichtungen oder Angeboten mit Publikumsverkehr reagieren.

Agrarwende fortführen

Der furchtbare Angriffskrieg Russlands in der Ukraine führt zu Leid, Zerstörung, Vertreibung und zu immer mehr zivilen Opfern in der Ukraine. Gleichzeitig hat dieser Krieg viele direkte und indirekte Auswirkungen auf globaler Ebene. Betroffen ist zum Beispiel auch der Agrar- und Lebensmittelbereich, da gerade die Ukraine Lieferant vieler landwirtschaftlicher Produkte ist. Das nehmen einige Kommentatoren und auch Unionspolitiker zum Anlass, das Rad in der deutschen Landwirtschaft zurückdrehen zu wollen nach dem Motto: Weg mit dem Ökolandbau, stattdessen Gentechnik und ökologische Aufweichungen in der Landwirtschaft. Jetzt ist aber nicht die Zeit für Zuspitzungen, sondern für sachliche und ernsthafte Diskussionen. Für uns ist klar: Der Krieg in der Ukraine darf nicht als Vorwand benutzt werden, um in der Agrarpolitik die Zeit zurückzudrehen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln in Deutschland ist gesichert. Die Auswirkungen auf Land- und Ernährungswirtschaft werden wir ständig beobachten und dann reagieren, wenn es erforderlich ist. Ob Umbau der Nutztierhaltung, Umsetzung Nitratrichtlinie oder regenerative Energien in der Landwirtschaft—all das bleibt notwendig und richtig und darf nicht unter dem Vorwand dieses furchtbaren Krieges ausgesetzt werden. Krieg und Klima dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt keine Pause-Taste für die Klimakrise.

Was uns auch bewusst sein sollte: So wie auf dem Energiemarkt sind auch die drastischen Preissteigerungen bei Agrargütern nicht ausschließlich Folge von aktuellen Engpässen, sondern schlicht „Zockerei“ am Markt. Die großen Energie- und Agrar-Konzerne verdienen mit gigantischen Mitnahme-Effekten am Krieg. Das ist nicht in Ordnung.

Übrigens: Kurzfristige Engpässe in Supermärkten zum Beispiel bei Sonnenblumenöl spiegeln keinen tatsächlichen Mangel wider, sondern sind bedingt durch „Hamsterkäufe“ – viele Menschen kaufen aufgrund der Berichterstattung auf Vorrat, wodurch die Regale bis zur nächsten Lieferung, die auf die üblichen Verbrauchsmengen ausgerichtet sind, leer bleiben. Man kann nur hoffen, dass diese Lebensmittel auch wirklich verzehrt werden.

Beschluss der Ampelkoalition:
Ich freue mich, dass schnell unkomplizierte Hilfen zur Entlastung von den hohen Energiepreisen kommen werden!
Mehr hier

100 Tage Ampel

Nie war der Start einer neuen Regierung von so schweren Umständen geprägt, wie der der Ampel. Der Übergang nach 16 Jahren CDU-Kanzlerinnenschaft und der Eintritt in eine Bundesregierung, die erstmals aus drei Parteien besteht, wären an sich ist schon eine große Aufgabe. Die Ampel ist weiterhin mit einer sich dynamisch verändernden, globalen Pandemie konfrontiert und sieht sich durch den Angriffskrieg Russlands in unvorhersehbarem Ausmaß geprüft.

Gerade unter diesen Umständen ist es erfreulich, dass die Ampelregierung so wahrgenommen wird, wie es ihrem Selbstanspruch entspricht: Als Zukunftskoalition, „die für Erneuerung und langfristige Ziele steht“. Das jedenfalls zeigt eine Allensbach-Umfrage im Auftrag des Progressiven Zentrums. „47 Prozent verbinden Scholz und Co. mit Fortschritt. Mehrheitlich assoziieren die Deutschen mit der neuen Regierung den Willen zur Erneuerung. 60 Prozent gaben das an“, wie das Progressive Zentrum berichtet. Hier gibt es den gesamten Bericht.

Unterwegs im Landkreis

Für Mobilität...

Der Weiterbau der B10 und der Neubau des Albaufstiegs der A8 sind die zwei zentralen Straßenverkehrsprojekte in unserem Landkreis. Mir war es wichtig, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr Michael Theurer bereits am Anfang der Legislaturperiode beide Vorhaben ans Herz zu legen.

..mit aller Kraft

Mit einem Vitaminfrühstück startete der Mobilitätsgipfel im Landkreis **Göppingen.** Gut so, denn wir wollen uns mit aller Kraft für den raschen Ausbau der B 10, den Albaufstieg der A 8 und die Radschnellverbindung im Filstal einsetzen.

#StandWithUkraine

Für Frieden, Freiheit und Demokratie in der Ukraine, gegen das menschenverachtende Kriegstreiben und die Großmachtfantasien von Putin haben wir auch in Göppingen protestiert. Vielen Dank an die Jusos und den SPD-Kreisverband Göppingen für diese wichtige Initiative, die alle demokratischen Parteien auf dem Marktplatz zusammengeführt hat. Ein wichtiges Signal der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

An ungewohntem Ort

Stehender Applaus bei der Bundesversammlung im Paul-Löbe-Haus: Mit breiter Mehrheit wurde Frank-Walter Steinmeier für weitere fünf Jahre als Bundespräsident gewählt — ein Brückenbauer für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung der Demokratie, der auch in diesem Rahmen eine rote Linie gegen Hass, Hetze und Gewalt gezogen hat.

Termine

Samstag, 26. März 14:00 Uhr
Gauturntag des Turngau Staufen e.V.

Dienstag, 29. März
9:00 Uhr
Gespräch mit dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe
Stuttgart
11:00 Uhr
Gespräch mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau)
Stuttgart
15:00 Uhr
Onlineveranstaltung zur Impfpflicht mit der AG 60 plus des Kreisverbands Esslingen

Mittwoch, 30. März
14:00 Uhr
Austausch mit der Pflegelotsin der Vinzenz von Paul gGmbH
16:00 Uhr
Austausch mit Marburger Bund Landesverband Baden-Württemberg e.V.
19:30 Uhr
Mitgliederversammlung des SPD Kreisverbandes Göppingen
Gemeindehalle Wangen

Donnerstag, 31. März
10:00 Uhr
Austausch zwischen ALB FILS KLINIKEN und Abgeordneten aus dem Landkreis
15:30 Uhr
Besuch des inklusiven Café Linde ALB
Bad Boll
17:00 Uhr
Gespräch mit Bürgermeisterin Heike Schwarz
Aichelberg
19:30 Uhr
Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe zu den 10 Geboten bei der Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche Bad Boll

Freitag, 1. April
17:00 Uhr
Gespräch mit dem Verein Sozialer Dienstleister im Landkreis Freudenstadt
18:30 Uhr
„Die pflegerische Versorgung sichern! – Wie kommen wir aus der „Pflege-Krise?“
Fraktion vor Ort bei Saskia Esken
Freudenstadt

Sonntag, 3. April 11:30 Uhr
Vernissage
mit Werken von Regina Menzel
Bürgerbüro

Montag, 4. April bis Freitag, 8. April
Sitzungswoche des Deutschen Bundestags
Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de
heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 25. März 2022, 10 Uhr